Liebe Leserinnen und Leser,

nach langem Zögern hat die Bundesregierung entschieden, Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Niemand im Bundestag tut sich mit einer solchen Entscheidung leicht. Doch mit Blick auf die Unerbittlichkeit der russischen Kriegsführung und einer bevorstehenden Frühjahrsoffensive ist Dringlichkeit geboten. Die CDU/CSU-Fraktion hat die Regierung bereits im vergangenen April aufgefordert, die Ukraine mit schweren Waffen zu unterstützen. Der Entschluss der Bundesregierung ist zu spät gefallen. Das hat bei unseren Partnern in Osteuropa und den USA viel Vertrauen verspielt.

Daneben kehrt auch wieder etwas Normalität zurück: Nach einer langen pandemiebedingten Pause ist die Internationale Grüne Woche, die weltweit größte Messe für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau, zurück. Die Messe ist eine starke Leistungsschau unserer Landwirtschaft und beeindruckt mich immer wieder.

Herzliche Grüße,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB

Wahlrechtsreform
Ampel-Wahlrecht würde Wählerwillen missachten > S. 2

Anhörung
Experten: Wolf ist keine bedrohte Art mehr > S. 4

Nach Corona
Wieder Rundgang auf der Grünen Woche > S. 6

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Wahlrechtsreform

Ampel-Wahlrecht würde Wählerwillen bei Erststimme missachten

Der Bundestag muss kleiner werden. Darin sind wir uns mit den Ampelfraktionen einig. Über den Weg, wie das erreicht werden kann, gibt es derzeit allerdings intensive Diskussionen. Am vergangenen Wochenende hatte die Ampel einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Größe des Bundestages auf die gesetzlich veranschlagten Mandate von 598 begrenzt werden soll.

Idee der Ampel: Maßgeblich für die Zahl der Mandate, die eine Partei gewinnt, soll künftig die Zweitstimme sein, mit der die Parteien gewählt werden. Die Ampel nennt sie „Hauptstimme“. Mit der Erststimme – die Ampel nennt sie jetzt „Wahlkreisstimme“ – gewählte Abgeordnete sollen nur dann in den Bundestag einziehen, wenn ihre Wahl vom Zweitstimmenergebnis gedeckt ist. Ist das nicht der Fall, soll der Wahlkreis „nicht zugeteilt“ werden. Ergebnis: Es wird in Deutschland eine erhebliche Zahl von mit der Erststimme in Personenwahl direkt gewählten Abgeordneten geben, die nicht in den Deutschen Bundestag einziehen. Wir sagen: Das ist eine eklatante Missachtung des Wählerwillens und eine massive Verletzung des Demokratieprinzips. Ein solcher Wahlrechtsvorschlag kann für uns deshalb nicht zustimmungsfähig sein. Wir sind der Überzeugung, dass es wichtig ist, dass alle Regionen Deutschlands mit einem direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten sind.

Deshalb haben wir im vergangenen Jahr in der Wahlrechtskommission vorgeschlagen, zu einem echten Zweistimmenwahlrecht überzugehen. Das heißt: Die Hälfte der Abgeordneten wird über die Wahlkreise gewählt, die andere Hälfte über die Landeslisten der politischen Parteien. Auch unser Vorschlag führt zu einer Reduzierung der Mandate im Deutschen Bundestag auf die Zahl von 598.

Wir können uns aber auch andere Wege vorstellen: Zum Beispiel die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren und die komplizierte Verrechnung zwischen Bundesländern zu vereinfachen. Jetzt liegt der Ball bei der Ampel, mit uns einen Kompromiss beim Wahlrecht zu finden. Denn wir sind der Meinung: Gravierende Veränderungen in unserem Wahlsystem sollten im Konsens aller demokratischen Parteien im Parlament erfolgen und nicht gegen den Willen der größten Oppositionsfraktion durchgedrückt werden. So war es in Deutschland jedenfalls bisher guter Brauch. Wir hoffen, dass das so bleibt.

Rede im Bundestag: Abgabe auf Einwegkunststoff

Deutschland ist ein Industrieland, das Rohstoffe dringend braucht. Angesichts der Rohstoffknappheit ist es wichtig, dass die Rohstoffe, die bei uns im Land sind, dem Kreislauf auch wieder zugeführt und wieder genutzt werden. Deshalb muss es unser Anliegen sein, dass wir Anreize für mehr Recycling schaffen. Die Bundesregierung plant die Erhebung einer Einwegkunststoffabgabe. Zu diesem Tagesordnungspunkt habe ich im Bundestag eine Rede gehalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Plastikabfälle richtig entsorgt werden. Abfälle, die entstehen, müssen möglichst stofflich recycelt werden.

→ Die ganze Rede können Sie hier anschauen:
https://youtu.be/GdBAgArmiyw

Energieversorgung

Heizen mit Holz muss weiter möglich sein

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat eine Kleine Anfrage zu den von der EU vorgeschlagenen neuen Grenzwerten für Luftschadstoffe gestellt. Dazu erklären die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber, und die zuständige Berichterstatterin Anja Karliczek:

Anja Weisgerber: „Die Luft in Deutschland ist deutlich sauberer geworden. Die EU schlägt nun gleichwohl weitere Grenzwertverschärfungen vor und die Bundesregierung reagiert darauf nur ausweichend. Das ist erschreckend. Denn immerhin stehen mit der weiteren geplanten Verschärfung der Grenzwerte unsere Mobilität und das Heizen mit Holz auf dem Spiel. Bezeichnend ist, dass die Bundesregierung ein Verbot von Kamin- und Holzöfen nicht klar ausschließt. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen im ländlichen Raum, die oft keine vernünftige Alternative zum Heizen mit Holz haben. Von der Bundesregierung erwarten wir nun schnell eine ausgewogene Positionierung, die zum einen eine hohe Luftqualität sicherstellt, zum anderen das Heizen mit Holz für die Bürger aber weiterhin ermöglicht."

Anja Karliczek: „Dass die Bundesregierung ein Verbot von Kaminöfen aufgrund der geplanten EU-Luftqualitätsrichtlinie weiterhin nicht ausschließt, ist inakzeptabel. In Zeiten der Energiekrise ist es vielmehr sinnvoll, die Hausbesitzer zu motivieren, von reinen Öl- und Gasheizungen auf ein gemischtes Heizkonzept mit Kaminöfen zu wechseln. Nur so kann uns die Energiewende gelingen. Wir sollten daher Holz- und Pelletheizungen fördern, statt über ein Verbot zu debattieren.

Anhörung im Umweltausschuss

Experten: Wolf ist keine bedrohte Art mehr

Im Umweltausschuss des Bundestages fand am 18. Januar 2023 eine Anhörung zur Regulierung der Wolfsbestände statt. Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Anja Weisgerber:

„In der Anhörung wurde deutlich, dass der Wolf bei uns längst keine bedrohte Art mehr ist. Im Gegenteil: Wölfe bedrohen mehr und mehr die Weidetiere. Im Jahr 2021 haben sie ca. 4.000 Weidetiere gerissen. Hohe Zäune und Hütehunde allein reichen zum Schutz der Tiere bei Weitem nicht mehr aus. Wir können daher nicht tatenlos zusehen, wie die Wolfspopulation weiter zunimmt.

Die Voraussetzungen sind längst gegeben, um den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Die EU hat den Mitgliedstaaten hierfür Spielraum gegeben, wenn der günstige Erhaltungszustand gegeben ist. Das ist der Fall. Der Ball liegt in Berlin bei der Bundesregierung. Die Verantwortung darf nicht weiter nach Brüssel abgeschoben werden. Ziel muss sein, die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht zu ermöglichen. Wir brauchen eine Balance zwischen Artenschutz des Wolfes und Schutz der Weidetiere.

Neben einem Bestandsmanagement brauchen wir wolfsfreie Zonen – insbesondere an den Deichen und auf den Almen im Alpenraum. Die Bundesregierung muss endlich handeln. Sie darf die Menschen in den ländlichen Räumen nicht alleine lassen.“

Der zuständige Berichterstatter Klaus Mack MdB ergänzt: „Die Voraussetzungen sind längst gegeben, um den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Die EU hat den Mitgliedstaaten hierfür Spielraum gegeben, wenn der günstige Erhaltungszustand gegeben ist. Das ist der Fall. Der Ball liegt in Berlin bei der Bundesregierung. Die Verantwortung darf nicht weiter nach Brüssel abgeschoben werden. Ziel muss sein, die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht zu ermöglichen. Wir brauchen eine Balance zwischen Artenschutz des Wolfes und Schutz der Weidetiere.“

Mangel an Medikamenten

Beschaffung jetzt zur Chefsache machen

In den Apotheken sind die Regale leergefegt. Die Versorgungslage mit Medikamenten hat sich in den letzten Wochen massiv verschlechtert. Es fehlen gängige Schmerzmittel, Fiebersäfte und Antibiotika, aber auch Insulin und Krebsmedikamente. Dieser unhaltbare Zustand stellt insbesondere Familien mit kleinen Kindern, aber auch Krebspatienten vor große Herausforderungen.

Die Hauptursache für den Mangel ist die Verlagerung der Produktion ins Ausland. Die meisten Arzneimittel oder die Stoffe, die man für die Herstellung benötigt, werden in Asien produziert. Dort ist die Produktion billiger. Das haben wir in der Vergangenheit so hingenommen, weil es unseren Geldbeutel und die Krankenkassen weniger belastet hat. Während der Corona-Pandemie hat sich jedoch gezeigt: Das war zu kurz gedacht. Auch von anderen Ländern unabhängig sein, ist wichtig.

In der vergangenen Wahlperiode hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bereits Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungs-sicherheit zu erhöhen und Lieferengpässe zu vermeiden. Statt hier anzusetzen, hat die Ampelregierung den Apothekerinnen und Apothekern sowie der pharmazeutischen Industrie im Rahmen der Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung weitere Belastungen auferlegt. Diese Belastungen verschärfen die Situation noch weiter. Der Bundesgesundheitsminister kündigt lediglich langfristige Regelungen an.

Es muss aber jetzt gehandelt werden. Die Unionsfraktion fordert daher in einem Antrag an den Bundestag einen Beschaffungsgipfel. Bund und Länder, Ärzte und Apotheker, Krankenkassen und Krankenhäuser sowie der Arzneimittel-Großhandel sollen sich an einen Tisch setzen und überlegen, wie man kurzfristig lebensnotwendige Medikamente beschaffen kann. Außerdem will die Unionsfraktion ein Frühwarnsystem aufbauen, um Engpässe rechtzeitig zu erkennen. Denn wir müssen alle gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wichtige Arzneimittel wieder in Europa produzieren und wir so unabhängiger werden.

Anja Weisgerber auf der Internationalen Grünen Woche

Es ist soweit – die Internationale Grüne Woche (IGW) ist zurück. Nach einer langen pandemiebedingten Pause findet die weltweit größte Messe für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau in Berlin wieder statt. Die Messe ist eine einzigartige Gelegenheit, Kulturen und Produkte aus aller Welt kennenzulernen und zu entdecken.

Unter anderem war Anja Weisgerber beim Empfang der Waldeigentümer. Dort hat sie im Gespräch mit den Waldhoheiten die Wichtigkeit der nachhaltigen Nutzung unserer Wälder hervorgehoben. Unsere Wälder sind lebenswichtig und müssen geschützt werden. Auch die Arbeitsgruppe Umwelt und Verbraucherschutz der Unionsfraktion unter Leitung von Anja Weisgerber hat die Messe besucht, viele interessante Gespräche geführt und neue Kontakte geknüpft. Das Themenspektrum reichte von der Versorgung mit gesunden, regionalen Lebensmitteln über innovative Pfandsysteme bis hin zum verantwortungsvollen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln oder dem Wolf in Deutschland.

Eines ist sicher: Die IGW ist immer einen Besuch wert und Bayern ist immer eine Reise wert. „Wir sind stolz, wie sich unsere Heimatregion auch dieses Jahr wieder in Berlin präsentiert“, so Weisgerber.

Neues CSU-Grundsatzprogramm nimmt Form an

Eine zweitägige Klausurtagung der Grundsatzkommission der CSU fand Mitte Januar statt: Wir sind mit der Textarbeit am neuen Grundsatzprogramm „Für ein neues Miteinander“ gut vorangekommen. Am Samstag war der Vorsitzende der CDU-Grundsatzkommission Carsten Linnemann zu Gast. Beim Kamingespräch am Abend haben wir mit unseren ehemaligen Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission Edmund Stoiber, Manfred Weber und Markus Blume diskutiert. Danke an meinen Co-Vorsitzenden Gerhard Hopp sowie an das gesamte Team für das arbeitsintensive und kurzweilige Wochenende.

Betriebsbesuch bei Linder NORIT in Dettelbach

Seit 1998 produziert das Unternehmen Lindner NORIT in Dettelbach Gipsfaserplatten – aktuell mit rund 250 Beschäftigten. Die Produkte „Made in Germany“ werden weltweit vertrieben. Nachhaltigkeit spielt eine große Rolle: So werden zum Bespiel gebrauchte Platten aufbereitet und wieder eingebaut. Damit spart man 72 Prozent CO2 ein. Außerdem wurde ein neues Verfahren entwickelt, um Gipskartonplatten zu recyceln und daraus neue Gipsfaserplatten herzustellen. Dieses innovative Projekt wird auch vom Bund gefördert.

„In Zeiten wie diesen, gilt es, Importabhängigkeiten zu verringern, wertvolle Rohstoffe im Stoffkreislauf zu halten und möglichst CO2-arm und damit klimafreundlich zu produzieren. Mit dem innovativen Verfahren zum Gipsrecycling ist Lindner NORIT Pionier auf dem Gebiet des Baustoffrecyclings, einem Gebiet, das viel Potenzial hat. Das Unternehmen hat eindrucksvoll gezeigt, wie sich dieses Potenzial heben lässt und wird dafür verdient mit Bundesmitteln aus dem Umweltinnovationsprogramm gefördert“, erklärt Anja Weisgerber im Rahmen des Besuchs.

In eigener Sache

Stellenausschreibung im Wahlkreisbüro

Sie sind ein Organisationstalent, zuverlässig und haben Kenntnisse in den zentralen Office-Anwendungen? Dann unterstützen Sie mich sowie mein Team als **Teamassistenz (m/w/d) in meinem Wahlkreisbüro**. Die Vollzeitstelle mit 39 Wochenstunden soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt neu besetzt werden.
Mehr Infos gibt es hier:
https://anja-weisgerber.de/ueber-mich/stellenausschreibung.html

Interesse? Dann herzlich willkommen im Team! **Wir freuen uns über Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Anschreiben, Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsvorstellung – so früh wie möglich – bis spätestens 8. Februar 2023 per E-Mail an anja.weisgerber@bundestag.de.**

Gerne können Sie uns auch per Telefon (09723 934370) oder per Whats-App (0151 54682480) kontaktieren. Auch bei Fragen stehen wir Ihnen zur Verfügung.

Haben Sie Fragen oder Anregungen?
Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel.: 030 227-79344
Fax: 030 227-76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Str. 17
D-97424 Schweinfurt
Tel: 09723 934370
Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.

Bildnachweis: Titel Tobias Koch (Portrait); S. 2 DBT / Ute Grabowsky/ photothek.net (Reichstag); S. 3 DBT (Screenshot); S. 4 Pixebay (Wolf); S. 5 Pixabay (Medikamente); S. 6 Büro MdB Weisgerber (Grüne Woche); S. 7 CSU (Klausurtagung), Büro MdB Weisgerber (Lindner NORIT); S. 8 Tobias Koch (Stellenausschreibung)